

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Strichband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.

Verleger: Ullrich Nordens 2595 und 2596.

Die Anzeigen werden in der 1. Spalte der 1. Seite des Morgen-Ausgabe für 40 Pf., in der 2. Spalte für 30 Pf., in der 3. Spalte für 20 Pf., in der 4. Spalte für 15 Pf., in der 5. Spalte für 10 Pf. berechnet. Die Anzeigen werden in der 1. Spalte der 1. Seite des Morgen-Ausgabe für 40 Pf., in der 2. Spalte für 30 Pf., in der 3. Spalte für 20 Pf., in der 4. Spalte für 15 Pf., in der 5. Spalte für 10 Pf. berechnet. Die Anzeigen werden in der 1. Spalte der 1. Seite des Morgen-Ausgabe für 40 Pf., in der 2. Spalte für 30 Pf., in der 3. Spalte für 20 Pf., in der 4. Spalte für 15 Pf., in der 5. Spalte für 10 Pf. berechnet.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19  
Schriftführer: Ullrich Nordens 2765

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Münchener Tragödie.

## Die Erschießung der Geiseln.

Die Nachrichten aus München sind noch immer verworren; sicher ist nur, daß heftige Kämpfe stattgefunden, viel Blut unnützlich und sinnlos vergossen worden ist.

Mit Reserve wird man auch die Nachrichten über die Ermordung von Geiseln aufnehmen müssen und noch mehr Vorzicht ist geboten gegenüber den Meldungen, die von gräßlichen Einzelheiten zu erzählen wissen. Doch möchten wir mit allem Nachdruck feststellen, daß wir schon die Festnahme von Geiseln für einen ungerechtfertigten Akt halten, der den Geboten der Menschlichkeit widerspricht.

Wir haben diese Auffassung gehabt, als die Festnahme von Geiseln, von unschuldigen und unbeteiligten Personen, in diesem Kriege, der alle Greuel der Vergangenheit neu aufleben ließ, wieder aufkam, und wir halten an der Auffassung fest, daß es keine Umstände gibt, die es entschuldigen können, die Gesetze der Humanität zu mißachten und Unschuldige blühen zu lassen für das, was andere getan haben.

Die Festnahme von Geiseln ist eine verwerfliche Grausamkeit und zugleich eine unnütze Torheit. Denn sie ändert an dem Lauf der Ereignisse gar nichts, sie vermehrt nur die Erbitterung und gibt den Vorwand zu den unmenschlichsten Grausamkeiten und der wütenden Rache der Sieger. Mag auch bei der Festnahme selbst der Gedanke an die wirkliche Lösung der Geiseln gar nicht vorhanden sein, so zeigt die Erfahrung, daß, wenn der Kampf einmal tobt, man die Brut die kämpfenden blind gemacht hat, es dann keine Garantie mehr gibt, das Leben der Gefangenen zu schützen und das Entsetzliche, die Ermordung Unschuldiger, eine Wirklichkeit wird.

So scheinen sich auch die Ereignisse in München abzuwickeln zu haben, wenn die nachstehenden Meldungen auf Wahrheit beruhen. Jemandem Sinnloser hat in der Erregung des Kampfes den Befehl zur Erschießung der Gefangenen gegeben und niemand hatte mehr die Macht und die Autorität, das Gräßliche zu hindern.

Das rechtfertigt aber nun in keiner Weise, daß man auf der anderen Seite mit gleicher Unmenschlichkeit und Brutalität verfahren wird. Die Methode der Repressalien ist schon im Kriege ein Frevel; wieviel frevelhafter ist sie im Kampf zwischen Angehörigen desselben Volkes. Leider ist zu fürchten, daß die Sieger in schrecklichem Umfang diese barbarische Methode anwenden.

## Die Erschossenen.

München, 4. Mai.

Die zuerst im Betrüberrat in der Nacht zum Donnerstag im Hofstr. 10. im 1. Stockwerk bestialische Ermordung von Geiseln rief in der Stadt und auswärts Entsetzen hervor. Weiter das schreckliche Verbrechen wird von den „Münchener Nachrichten“ noch mitgeteilt:

Die Ermordung erfolgte vor Mitternacht im Garten des Salspöck-Gymnasiums. Die Geiseln wurden an die rückwärtige Wand gestellt. Den Befehl zum Feuer gab ein Mann der Roten Armee namens Seidl. Da sich die Soldaten des Leibregiments weigerten, zu schießen, wurden auch Russen durch Kolbenschläge und Bajonettschläge getötet. Unter den Ermordeten befindet sich auch eine Frau. Die Leichen wurden beachtet und betort verstimmt, daß sie bisher mit Ausnahme von denen noch nicht erkannt werden konnten. Bei zwei Leichen fehlt die obere Hälfte des Kopfes. Die Leichen wurden in das gerichtliche medizinische Institut gebracht. Bisher konnten unter den getöteten Geiseln festgestellt werden: Suburban Bengel, Eisenbahnsekretär Anton Daumenlang und Fürst Thurn und Taxis (österreichische Linie).

Von zuständiger Stelle wird noch mitgeteilt: Es konnte noch eine weitere Leiche festgestellt werden als die einer Gräfin Bekard. Weiter befanden sich unter den Ermordeten zwei tschechische Soldaten, deren Namen noch nicht festgestellt sind.

Der Tat der Ermordung befanden sich Rissen Bedins und in Berlin im Keller des Salspöck-Gymnasiums; sie wurden

von der Tat. Auch die militärischen Führer der Kommunisten waren davon unterrichtet, doch hat den Befehl zum Feuer Seidl auf eigene Faust gegeben.

Man plant, die noch unbekanntem Leichen auszugraben und so ihre Identifizierung herbeizuführen.

## Gustav Landauer.

Die Nachricht von der Erschießung Landauers ist bisher nicht bestätigt. Auf eine telegraphische Anfrage bei der bayerischen Regierung wurde Sonnabend nachts geantwortet, daß dort weder von der Verhaftung, noch von der Erschießung etwas bekannt sei. Auch die Nachricht von der Erschießung des als Geisel festgenommenen berühmten Malers Stuck scheint glücklicherweise falsch zu sein.

Gustav Landauer's Erschießung wäre übrigens um so ungerechtfertigter, als gerade Landauer stets Gegner von Gewaltmaßnahmen gewesen ist und sich auch der Festnahme von Geiseln widersetzt hatte. Er gehörte der kommunistischen Regierung gar nicht an, stand vielmehr zu Devien und Levin in scharfem Gegensatz.

## Die Kämpfe in München.

München, 3. Mai (B. Z. N.)

Ein Anschlag gibt bekannt, daß über Bayern der Besatzungszustand verhängt ist. In München ist das Betreten der Straßen von 7 Uhr abends bis 7 Uhr vormittags verboten. Die Stadt steht unter Kriegrecht. Der Häuserkampf hat an zahlreichen Gebäuden zum Teil schweren Schaden angerichtet und auch die Verluste an Menschenleben dürften sehr erheblich sein. Der am 30. April angeordnete Generalstreik ist aufgehoben. Der polizeiliche Sicherheitsdienst, der von den Kommunisten gewaltsam beseitigt worden war, ist wieder in Tätigkeit getreten und gegen alle Störungen von Ruhe und Ordnung wird mit der größten Schärfe vorgegangen. Waffen und Handgranaten sind bis 4. Mai abends abzuliefern. Dr. Devien und Rissen-Levin sind bisher unauffindbar geblieben. Nach anderen Meldungen sollen Toller und Klingelböser verhaftet sein. Von der Regierung Hofmann sind die Mehrheitssozialisten Schilling zum Münchener Stadtkommandanten und Bollhals zum Polizeipräsidenten ernannt worden. Die endgültige Säuberung Münchens wird planmäßig durchgeführt.

## „Die Kämpfe im allgemeinen abgeschlossen.“

Stuttgart, 4. Mai.

Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Bericht aus München vom 4. Mai morgens:

Das Gruppenkommando ist im Ringhotel in München untergebracht. Die Nacht verlief ruhig unter geringen notwendigen Schießereien in der Stadt und in den Vororten. Die Kämpfe sind im allgemeinen abgeschlossen. Die Besetzung der Stadt ist durchgeführt. In den Vororten zeigt sich noch da und dort Widerstand. Die Durchsuchung nach Waffen ist im Gange. Die Bildung einer Volkswache in München wird allmählich eingeleitet. Die Stimmung der Truppen ist gut, ihre Aufnahme bei der bestreuten Bevölkerung sehr gut. Die in der Presse verbreiteten Nachrichten über Glanzleistungen und Verstärkungen erscheinen übertrieben.

## Die norddeutschen Truppen.

München, 4. Mai

Der bayerische Oberbefehlshaber Generalmajor Kochl erläßt folgenden Auftrag:

An die Einwohner Münchens! Die norddeutschen Truppen sind zur Befreiung der Heimat von der spartakistisch-kommunistischen, von russischen Führern errichteten Gewalt Herrschaft herbeigeeilt. Ihnen gebührt der Dank der gesamten anständigen Bevölkerung ohne Unterschied der Partei. Trotzdem ist eine böswillige Hebe gegen die Preußen jetzt im Gange. Ihr ist mit allen Mitteln entgegenzutreten, namentlich auch durch Festnahme solcher Personen, die sich hierbei besonders hervortun. U. a. wird ein Gerücht verbreitet, daß die norddeutsche Reichstruppe unsere Lebensmittel aufhebe, das ist ein Unfug. Die Truppen führen ihre Verpflegung mit. Sie haben außerdem Tore geöffnet, durch die reichlichere Verpflegung als bisher in die Stadt hereingeführt wird. In wenigen Tagen wird die Stadt die Wirkung verspüren. Auch hierfür ist die Einwohnerschaft den norddeutschen Truppen Dank schuldig.

Der bayerische Oberbefehlshaber.  
Kochl.

## Libau.

### Ein trübes Kapitel deutscher Auslandspolitik.

Die Haltung, die der Reichswehrminister Noske in der Libauer Frage einnahm, hat endlich dahin geführt, daß sogar der „Vorwärts“ ihm die Geselzhaft ankündigt hat. In unabweisbarer Form weist er die Angriffe zurück, die Noske durch die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ gegen den Offizier richtete, der im „Vorwärts“ vom 30. April eine sachlich unanfechtbare, objektive Darstellung der unerträglichen Zustände in Libau geliefert hatte. Es geht auch nicht an, erklärte der „Vorwärts“ nach der Zurückweisung dieser Angriffe, daß der Reichswehrminister das wesentlichste des Artikels mit der Bemerkung beiseite schiebe, das von ihm Gerüchte lasse auch den Wert der sonstigen Anklagen „im ungünstigen Lichte erscheinen“. Er sei im Gegenteil der Ansicht, daß „das Problem tiefer liegt, als es Genosse Noske betrachten will“.

Auch die demokratische „Berliner Volkszeitung“ kritisiert dieser Kritik an und unterstreicht das Wesentlichste, nämlich die von Anfang an von uns vertretene Forderung, daß die verhängnisvolle Politik in Lettland kleinstmöglich aufgegeben werde.

Wir sind mit dem sozialdemokratischen Blatte in dem Verlangen einig, daß über die Hauptsache, nämlich die Befestigung der rechtmäßigen lettischen Regierung mit Hilfe des deutschen Militärs, in Kürze rückhaltlos die Wahrheit gesagt werden muß. Der Regierung scheint nichts davon bekannt zu sein, daß die Lage in Lettland einer Katastrophe entgegengeht, wenn nicht schleunigst alles getan wird, um den unerhörten Mißgriff wieder gutzumachen.

Kommt diese Kritik zwar reichlich spät, so könnte sie als ein Anzeichen wiederkehrender politischer Vernunft gewertet werden, wenn sie nicht ganz vereinzelt dastünde. Die übrige Presse nimmt nämlich von dieser Anzeichenarbeit entweder gar nicht Notiz, oder sie tritt, wie beispielsweise die konservativ-industrielle „Post“, mit Eifer für den unschuldigen anacastischen Noske ein. Dies leat uns die Pflicht auf, nochmals auf den mit den Libauer Ereignissen zusammenhängenden Fragenkomplex einzugehen, der weit über die Grenzen eines Lokalereignisses hinausreichend, von einschneidender Bedeutung für die innere und äußere Politik Deutschlands geworden ist.

Innerpolitisch offenbart sich in dem Vortragen der deutschen Gouvernementsbehörden in Libau gegen den dortigen Soldatenrat derselbe Geist des wiedererstarkenden Militarismus, der sich in dem östlichen „Okkupationsgebiet“, im Bunde mit den deutsch-baltischen Baronen, weit offenberzauer und allgelofter abgüßelt als im geliebten deutschen Vaterlande. Wie der Artikelschreiber im „Vorwärts“ schon ausdeutend festhielt, war es hauptsächlich das Verdienst des Soldatenrates, daß überhaupt ein freiwilliges Korps in Libau gebildet werden konnte und daß zwischen den Truppen und den deutschen Gouvernementsbehörden ein erträgliches Verhältnis zustande kam. Diese Verdienste des Soldatenrates wurden denn auch von den früheren Gouverneuren Frhr. v. Ledebour und Generalleutnant Reugebauer unumwunden anerkannt. Als jedoch der „Finlandsheld“ General von der Goltz zum Gouverneur von Libau ernannt wurde, kam es zu immer härteren Reibungen zwischen dem Gouvernemente und dem Soldatenrat, die noch verstärkt wurden, als an die Stelle des früheren Stabschefs des Gouvernements, Frhr. von Gasa, der Major Geinersdorf trat. In einem Briefe, den eine Anzahl Vertrauensleute der Libauer Garnison vor kurzem an uns richtete, heißt es über den um diese Zeit einsehenden Umkehrung:

„Als der Graf von der Goltz Gouverneur von Libau wurde, änderte sich mit einem Schlage alles. Die Offizierswirtschaft setzte sich immer ein als sofort während des Krieges, und aus vielen Anzeichen. — So beispielsweise daraus, daß sich die Offiziere öffentlich als Königsleute bekannnten und ein beträchtliches Kaiserbild in den Mannschafträumen aufhängen ließen, — kamen wir immer mehr zu der Ueberzeugung, daß hier eine monarchistische Armee aufgestellt wurde. Die Mannschaften, die mit der Absicht, in eine republikanische Armee einzutreten, sich nach Libau hatten anwerben lassen, kühlten sich beunruhigt. Diese Unruhe steigerte sich bis zur Erbitterung, als die Mannschaften in Verpflegung und Bekleidung von den Offizieren mehr und mehr zurückgesetzt wurden, als der Grubzwang eingeführt wurde.“



# Die Friedensverhandlungen.

T.U. Versailles, 5. Mai.

Aus den Kreisen der deutschen Delegation rechnet man mit der Möglichkeit, daß auch in der kommenden Woche die Friedensverhandlungen noch nicht beendet werden. Die Hauptverhandlungen bei der Festschreibung der Friedensbedingungen sollen die entstandenen neuen Differenzen mit Belgien und hauptsächlich Italien bilden. In den Kreisen der deutschen Delegation will man nicht eine weitere Hinauszögerung vor Bekanntgabe der Friedensbedingungen in Versailles abwarten, sondern erst zurückkehren, und erst dann wieder nach Versailles sich zurückgeben, wenn der definitive Text und auch der Termin der Unterzeichnung von Seiten der Entente festgelegt ist. — Die Abwehrmaßnahmen, die die französische Regierung gegenüber der deutschen Delegation ergreifen hat, sind in den letzten Tagen wieder nachschärflich worden.

## Der Jaungast.

Unter den verschiedenen Pressevertretern, die nach Versailles reisen, um dort nichts zu erfahren, befindet sich auch der Chefsekretär des „Vorwärts“, Herr Friedrich Stampfer. Er ist mit der Behandlung, die man den Herren angedeihen läßt, sehr unzufrieden. Jeder Verkehr mit der Außenwelt sei verboten. Die französischen Sozialisten scheinen die unwillkürliche Lage der deutschen Delegation noch nicht bemerkt zu haben, sie wären außerdem ohnmächtig, etwas dagegen zu tun. Es gibt keine Verbindung zwischen den deutschen Sozialisten hier und den französischen in Paris, daher erscheint auch kein Protest in der sozialistischen Presse gegen diese der internationalen Verständigung hindernde Absperrung. Es sei sogar beabsichtigt, den Aufenthalt der Deutschen mit Säunen abzusperren.

Wir finden Herrn Stampfer sehr anspruchsvoll. Wir erwarten uns nicht, daß seine Partei während des Krieges gegen die schlimmsten Dinge als es die Unterbindung eines Verkehrs ist, protestiert hätte. Von den französischen Sozialisten zu verlangen, daß sie mit den Verrätern des Sozialismus während des Krieges über sich hinwegsehen, finden wir nicht sehr annehmbar. Wir glauben vielmehr, daß Herr Stampfer als Jaungast in Versailles die ihm gebührende Stelle einnimmt. Von da aus mag er sich das Weitergehende je länger je lieber betrachten. Sein unwilliges Geplätsch wirkt nur komisch.

## Deutschösterreichische Friedensgesandtschaft.

Wien, 3. Mai.

Die deutschösterreichische Friedensgesandtschaft, die am 12. Mai in Saint Germain eintrifft, wird aus 30 Personen bestehen. Mit der Führung der Abordnung ist der ehemalige österreichische Außenminister Dr. Franz Klein betraut.

## Das Schicksal Tirols.

Die Tiroler Landesversammlung hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einen Antrag der bürgerlichen Parteien angenommen, durch den die Landesregierung beauftragt wird, der Pariser Konferenz zur Kenntnis zu bringen, daß Tirol entschlossen ist, das geschlossene deutsche und italienische Landesgebiet als selbständigen demokratischen und neutralen Freistaat Tirol auszurufen, falls dadurch die Einheit dieser Gebiete erhalten bleiben kann. Damit soll allen militärischen Gründen für eine Annexion Südtirols der Boden entzogen werden. Hinsichtlich den Grundfragen des Präsidenten Wilson, Südtirol demnach abgetrennt werden sollte, bleibe für das übrige Tirol keine andere Wahl als sich an die deutsche Republik anzuschließen. Die sozialdemokratische Partei in Innsbruck hat vor dem Landtage gegen die Erklärung Tirols zu einer selbständigen Republik protestiert. Der Vertreter der Sozialdemokraten Pappe sagte in der Landesversammlung, seine Partei könne der Erklärung Tirols zu einer selbständigen Republik auszurufen, falls dadurch das deutsche Südtirol erhalten bleibe, nicht beitreten; denn dies widerspreche dem Selbstbestimmungsrecht. Ferner liege keine verbindende Zusage vor, daß Deutsch-Südtirol einem selbständigen Tirol angegliedert werden würde. Ein selbständiges Tirol wäre schließlich nicht lebensfähig, und wir können uns von Deutschösterreich nicht trennen, ohne zu verflümmern.

## Italo-slovenisches Handelsabkommen.

Bern, 3. Mai.

Am 1. Mai ist ein provisorisches Handelsabkommen zwischen Italien und der italo-slovenischen Republik abgeschlossen worden.

## Offiziersputsch auf die ungarische Botschaft.

Eine Gruppe ungarischer Offiziere das ungarische Kriegsministeriums drangen am Sonnabend in die ungarische Botschaft in Wien ein, besetzten das Gebäude und verweherten den Vertretern der Räterepublik den Zugang. Die ungarische Botschaft verlangte von der deutschösterreichischen Staatsregierung.

# „Die freie Welt“

Die zweite Nummer der illustrierten Wochenchrift der Unabhängigen Sozialdemokratie „Die freie Welt“ gelangt am 7. Mai zur Ausgabe. Buchhändler, Expedient, Zeitungs- und Verlagsstellen müssen sofort ihren Bedarf anmelden, damit sie rechtzeitig in den Besitz der besten Exemplare gelangen. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13. Abt. Buchhandel.

regelmäßig Gewerkschaften über die Vorgänge. Der Staatskanzler Remmer ließ daraufhin das Gefängnisgebäude besetzen und entfernte die untergeordneten Eindringlinge. Sie sollen der Verhaftung zugeführt werden. Das Gebäude wird im Einberufen mit der ungarischen Regierung durchsucht.

## Gewerkschaftliches.

### Generalversammlung der Transportarbeiter.

Die zweimal vertagte Generalversammlung fand am Sonnabend im Gewerkschaftshaus ihre Fortsetzung. Was die Wahl vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung ab, daß die Nichtwiederwahl des ersten Bevollmächtigten keineswegs seiner politischen Überzeugung wegen erfolge, da seiner gewerkschaftlichen Geschäftsführung kein Vorwurf gemacht werden könne. Werner solle demnach zum Hauptkassierer gewählt werden und außerdem ist von Schumann behauptet worden, er müsse ohnehin bald durch eine jüngere Kraft ersetzt werden, daher sei es richtig, ihn jetzt nicht wiederzuwählen. Ein anderer Redner bezeugte den Vorschlag als annehmbar und mahnte zur Einigkeit. Frank stellte fest, daß Döring als Vertreter des Transportarbeiterverbandes in der Vorstandswahl der Gewerkschaften gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt habe.

Hierauf trat man in die Debatte über die Vorschläge zur Wahl der Bezirksverwaltung ein. Auch diese Aussprache war wieder sehr lebhaft. Besonders betont wurde, daß die Wahl ihre Bedeutung dadurch erhalte, daß der Kriegspolit der Gewerkschaften endlich ein Ende bereite, die Gewerkschaften zu einem revolutionären Kampfmittel gemacht werden müßten. Cimon wies darauf hin, daß der erste Bevollmächtigte und der Schriftführer sich eigentlich gar nicht zur Wahl zu stellen brauchen, da sie vom Hauptvorstand ernannt würden. Wegen dieser eigenartige Methode protestierten verschiedene Redner unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung sehr energisch. Der Antrag Ludow, die Wahl der vier Angestellten bis nach dem Verhandlungstag zu verschieben, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann wurde die Diskussion durch Schumann beendet. Der Antrag Schöner, die Wahlen nur auf Widerruf, entsprechend der Räteverfassung, vorzunehmen, kam nicht zur Abstimmung. Zweifelslos stand die Versammlung auf diesem Standpunkt. Werner wies auf die entgegenstehenden parlamentarischen Bestimmungen hin. Zum ersten Bevollmächtigten wurde Ortman mit 200 Stimmen gewählt, während auf Werner nur 131 Stimmen entfielen. Kassierer ist Dreßler mit 277 gegen 244 Stimmen und Schriftführer Dörmer mit 335 gegen 202 Stimmen geworden. Die Wahl als zweiten Bevollmächtigten entfiel auf Klose. Damit hat die Opposition den Sieg davongetragen. Die weiteren Wahlen werden in einer am 12. Mai stattfindenden Generalversammlung vorgenommen werden.

### Magistratsstrafstrafe.

In einer von etwa 8000 Personen besuchten Massenversammlung der Hilfskräfte des Magistrats Berlin am Sonntag vormittag im Sportplatz wurde der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses bekanntgegeben. Der Magistrat hat in letzter Stunde dem Schiedsspruch in allen seinen Teilen zugestimmt. Diese Mitteilung wurde mit lautem Bravo und Handklatschen entgegengenommen.

Das Mitbestimmungsrecht wird den Büroangestellten und den Hilfskräften im Unterbeamtendienst in allen wirtschaftlichen und den Arbeitsverhältnissen berührenden Fragen zuerkannt, insbesondere bei Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen von Angestellten, bei Beförderung von Gehältern, Urlaubsbewilligungen und Beförderungen. Bei Unstimmigkeiten entscheidet ein Schlichtungsausschuss, dem sechs Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung angehören.

Die Abmachungen treten am 1. Mai in Kraft. Als Ausgleich für die von den Angestellten geforderte Rückzahlung ab 1. Januar 1919 wird eine einmalige Entschädigungsumme in der Höhe des ab 1. Mai 1919 festgesetzten Monatsgehalts gewährt.

Uraus wird gewährt nach zweijähriger Dienstzeit drei Wochen, nach vierjähriger Dienstzeit vier Wochen, Kriegsteilnehmer, die zwei Jahre im Militärverhältnis gestanden haben, erhalten den Urlaub nach viermonatlicher Dienstzeit.

Wie wir hören, hat der Magistrat übrigens bereits vor Erlass des Schiedsspruches das Erforderliche veranlaßt, um das Verhältnis der verschiedenen Gruppen seiner Beamten, Angestellten und Arbeiter zur Verwaltung im Sinne der Ausbildung des Mitbestimmungsrechts in allen die wirtschaftliche Lage und das Arbeitsverhältnis der verschiedenen Gruppen berührenden Fragen allgemein zu regeln.

### Drohender Streik der Berliner Kohlenarbeiter.

In einer überfüllten Versammlung der Kohlenarbeiter am 29. April fand nach langer leidenschaftlicher und ausgedehnter Debatte ein Antrag auf sofortige Verweigerung jeder Überarbeit und eine Resolution einstimmig Annahme, worin gesagt wird, daß von dem Angebot des Verbandes der Berliner Kohlenhändler Kenntnis genommen, jedoch bedauert wird, infolge der Unzulänglichkeit desselben es als unannehmbar bezeichnen und zur weiteren, nachmaligen und unangehenden stattfindenden Verhandlung an die Lohnkommission zurückverweisen zu müssen. Die Delegierten protestierten ganz entschieden gegen die Zustimmung der Wirkung der anderen Vorschläge ab 1. Mai d. J. Ihre Zustimmung geben zu sollen, sie fordern vielmehr, daß diese mit Wirkung ab 1. April Geltung haben sollen, zumal die Arbeitgeber durch Hinauszögern der Verhandlungen die rechtzeitige Erledigung der Tarifberatung bis zum Ablauf des alten Tariffs verhindert haben.

In der Versammlung herrschte schon große Stimmung für eine sofortige Arbeitsniederlegung, doch gelang es der Leitung, die Erregung etwas zu dämpfen, so daß ein entsprechender Antrag noch nicht zur Abstimmung gelangte.

### Lohnbewegung der Postausbesser.

Da der große Saal des Gewerkschaftshauses für die erscheinenden Postausbesser und Ausbesserinnen nicht ausreichte, wurde im Hof eine zweite Versammlung abgehalten, um den Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Reichspostverwaltung entgegenzunehmen. Die von der Verwaltung gemachten Zugeständnisse waren derartig gering, daß sich in den Versammlungen ein harter Unwille über das rückständige Verhalten der Postbehörden bemerkbar machte. Der Versuch, durch Verlesen der Ausbesser in Beamtenkreisen einen Still in die Bewegung zu treiben, wurde energisch zurückgewiesen, ebenso das Brechen der Einigungszettel vom schwarzen Brett, wie es in Reußla wiederholt als unzulässig erklärt. Bevor in den Streik getreten wird, soll versucht werden, sich der Solidarität der Unterbeamten zu versichern. Solange jedoch die Rätefreiheit der Verhandlung gegeben ist, soll dieser Weg beibehalten und zunächst der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums abgewartet werden. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Glasarbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik Berlin nahmen in ihrer Versammlung Stellung zur Generalversammlung. Alle Redner nahmen Stellung gegen die Politik der Mitglieder des Hauptverbandes, die auf Unterdrückung der Politik der früheren Regierung hinwirkte. Die Arbeitgemeinschaften müßten abgelehnt werden. In einer einstimmig angenommenen

Resolution wurde die Kriegspolitik der Generalkommission des Urteil. Leute wie Legien und Genossen gebieten nicht an die Spitze der Arbeiterbewegung. Die Generalversammlung wird aufgefördert, so lange die Verträge an die Generalkommission zu sperren, bis diese Leute unschädlich gemacht sind. Die Angestellten, die auf dem Boden der Rätebewegung stehen, sollen durch Kollegen ersetzt werden, welche Gegner der bisherigen Kriegspolitik waren. Endlich wendet sich die Resolution denjenigen zu, welche in den Freiwilligen-Regimenten Dienste tun und der Organisation angehören, mit vielen Kollegen soll gebrochen werden. Als Delegierte werden die Kollegen Rieg Zimmermann und Paul Barbe gewählt. Als Publikationsorgan kommt außer dem „Freiheit“ in Frage.

Obleute der Angestellten aus der Metallindustrie (Arbeitsgruppen 12, 13, 14 und 15). Mittwoch, den 7. Mai, abends 7 Uhr, Versammlung in Oberlands Festsaal. Neue Friedstraße 36. Tagesordnung: 1. Der Verlauf des Streiks. 2. Der Tarifvertrag. 3. Verschiedenes. Erscheinen dringend erforderlich. Legitimation mitbringen. Der Zentralausschuss.

Öffentliche Versammlung der Schildermeister am Dienstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, bei Bauschläger, Waldstraße 21. Tagesordnung: Lohnkampf.

Verfängerangestellte. Montag, den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr, Sophienstraße, Saphienstr. 17/18 (Gärtner-Saal), Versammlung der Obleute der Angestelltenausschüsse.

## Groß-Berlin.

### Die Truppen in den Schulen.

In der Sitzung der Staatsbaubaukommission der preussischen Landesversammlung kam es wieder zu einer eingehenden Aussprache über die Verleugung von Schulen durch Truppen. Ein Antrag der Demokratischen Partei, der die sofortige Zurückziehung der Truppen aus den Schulen und ferner die Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Kasernen für Wohnzwecke verlannte, wurde vom Oberbürgermeister von Berlin-Charlottenburg Herr Dominicus eingehend begründet. Er wies auf die schweren Schädigungen hin, die durch diese Inanspruchnahme von Schulen für Einquartierungszwecke entstehen und noch entstehen. Abhilfe sei umachend erforderlich. Der Vertreter des Kriegsministers legte dar, daß die Militärbehörden durch eine Reihe Erlasse die nachgeordneten militärischen Behörden angewiesen haben, Anträgen der Gemeinden auf Rückgabe von Schulen möglichst zu entsprechen.

In der Besprechung wurden von Vertretern aller Parteien lebhaft Klagen über den Schaden, der durch die Benützung der Schulen durch die militärische Belegung entstanden sei, vorgebracht. Die Schulen, die von Soldaten benutzt worden sind, sind in einem solchen Zustande, daß es meisteiner Arbeit bedürfen wird, ehe sie ihrem eigentlichen Zweck wieder zugänglich gemacht werden können. Hunderttausende müssen angewendet werden, ehe die Kinder wieder die Schulräume benutzen können. Verknüpfung, verknüpfung und verknüpfung sind alle Räume. Vieles ist demoliert. Einige Häuser wurden vorgeknüpfen, aus dem hervorgeht, daß zahlreiche Geschlechtskrankheiten die Schulräume auf lange Zeit unbenutzbar gemacht hätten. Der Vertreter des Kriegsministers hatte demgegenüber einen schweren Stand, er nahm das zur Kenntnis und will prüfen.

Vom Vertreter der Unabhängigen Partei, Genossen Reid, wurde ausgeführt, daß die Benützung der Schulen durch Militär sich zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen habe. Sei es schon schlimm, daß die Schulen schweren Schäden durch die Schweinerei erlitten hätten, in welche die Schulräume verriet worden seien. So sei der Schaden, der an unseren Kindern verübt worden sei durch das Fehlen eines geordneten Unterrichts, gar nicht mehr gutzumachen. Es müßte offen ausgesprochen werden, daß dafür die militärischen Behörden nicht einen Funken Gefühl und Verständnis hätten. Die Unterrichtsverwaltung müsse mit Knütteln dazwischen schlagen, da sie doch diesen moralischen Schaden an unserer Schuljugend zu wägen wisse. Der Vertreter der Unterrichtsverwaltung erklärte, daß sie alles getan habe, was in ihrer Macht stand, und mit Nachdruck wiederholt bei dem Kriegsministerium vorstellig geworden sei.

Der Antrag auf sofortige Zurückgabe der Schulen zu Unterrichtszwecken wurde daraufhin einstimmig angenommen. Bestreblich ist, und das wurde in der Kommission auch ausgesprochen, daß die Belegung von Schulen durch Soldaten erfolge, obwohl doch demobilisiert sei.

### Soldatenräte der U. S. V. D.

Heute nachmittags 5 Uhr Fraktionsstimmung im Zimmer 19 des Volkshauses Groß-Berlin, In den Zelten 23. Vortrag des Genossen Richard Müller. Gäste willkommen. Kameraden, sorgt für starken Besuch. Albrecht.

Der Rednekturs der U. S. V. D. findet am Montag, den 5. Mai, 7 Uhr abends, In den Zelten 23 statt.

### Achtung! Soldatenräte!

Am Dienstag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins im Dienarjaal des Herrenhauses. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Bericht über den Reichsoldatenrat. Referent Kam. Scholz vom Zentralrat. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingte Pflicht. Militärischer Ausschuss des Volkshauses Groß-Berlin. Hoffendur. Albrecht.

### Ist Verwundetentransport Aufrühr?

Mit dieser Frage beschäftigte sich am Sonnabend das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts 1. Angeklagt war der Arztekondukteur Kietzke, weil er als Chauffeur mit einem Auto des Wilmerdorfer Magistrats Verwundete der Aufständischen zum Lazarett transportiert haben soll. Ferner — wird ihm der Transport von Munition zur Last gelegt. Der Angeklagte schwärzte, wie er dazu gekommen ist, Verwundete wegzufahren. Er kam am 10. März zufällig in die Arztekondukteur Allee, wo durch Artilleriegeschosse viele Leute verwundet wurden. Diensttuende Sanitäter und Schwestern suchten nach einem Chauffeur, der in einem bereitstehenden Auto die Verwundeten zum Lazarett fahren sollte. Darauf meldete sich der Angeklagte und fuhr viermal zum Lazarett am Parkhof Arztekondukteur Allee. Nach dem letzten Transport brachte er ein

